

Portugal – Reformen in der Arbeitsmarktpolitik

Behutsame Korrekturen statt eines radikalen Umbruchs

Die im Februar 2005 ins Amt gewählte sozialistische Regierung von Ministerpräsident José Sócrates modifiziert arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der konservativen Vorgängerregierung – und setzt auf einen vertieften Dialog mit den Sozialpartnern.

Das von der Gewerkschaft und der damaligen oppositionellen Sozialistischen Partei heftig bekämpfte Arbeitsgesetzbuch vom August 2003 soll nicht abgeschafft, sondern mit dem Ziel revidiert werden, Arbeitnehmerrechte mit verbesserter Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit vereinbar zu machen. Im Arbeitsgesetzbuch, dem "Codigo do Trabalho", wurde das portugiesische Arbeitsrecht erstmals in einem zusammenhängenden Regelwerk kodifiziert.

Kernpunkt der aktuellen Diskussion um das Arbeitsgesetzbuch ist die Frage des Weitergeltens abgelaufener Tarifverträge. Die Regierung will die Unvereinbarkeit der Standpunkte zwischen den Sozialpartnern auflösen, indem sie zur Vermeidung tarifloser Zeiten eine Pflicht zur Schlichtung einführen will – falls diese von einer Tarifpartei gefordert wird oder im öffentlichen Interesse liegt. Weitere Änderungen betreffen verstärkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und eine Präzision der Arbeitszeiten bei Nacharbeit. Um die Auswirkungen des Arbeitsgesetzbuchs zu überprüfen, setzt die Regierung eine unabhängige Kommission ein, die innerhalb eines Jahres die Ergebnisse in einem Weißbuch vorlegen soll.

Verstärkte Maßnahmen sind auch für die berufliche Weiterbildung vorgesehen. So wird die von der Regierung Barroso abgeschaffte "jährliche Mindestausbildung" für ungelernete Arbeitnehmer, die einen nachträglichen Schulabschluss und ein Minimum von jährlich zwanzig Stunden anerkannter Berufsausbildung ermöglichen soll, wieder eingeführt. Mittelfristig sollen durch ein System anerkannter Berufsabschlüsse Hindernisse für Beschäftigung und berufliche Mobilität abgebaut und die Übergänge zwischen Schul- und Berufsausbildung sowie dem lebenslangen arbeitsbegleitenden Lernen und universitärer Qualifizierung erleichtert werden.

Die Regierung Sócrates verzichtete bei der Gestaltung des arbeitsmarktpolitischen Programms auf Konfrontationen mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und den Sozialpartnern. Die Arbeitgeberverbände bescheinigten der Regierung ein unideologisches und pragmatisches Vorgehen. Der im Vergleich zu den meisten EU-Mitgliedstaaten schwache soziale Dialog soll durch langfristige Grundsatzvereinbarungen von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestärkt werden.

Nach: Bundesarbeitsblatt 6-2005, S. 25

Der vollständige Text des Bundesarbeitsblattes 06-2005 kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:
<http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/Publikationen/Bundesarbeitsblatt/bundesarbeitsblatt-06-2005.property=pdf.bereich=,rwb=true.pdf>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

